

Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Berlin Mitte hat am 30.10.2021 beschlossen:

Aufbruch für ein klimaneutrales Berlin Mitte

Wir haben die Bundestagswahlen und die Abgeordnetenhauswahlen gewonnen. Damit haben uns die Wähler*innen einen Auftrag zur Gestaltung des Landes und Berlins gegeben.

Für uns steht dabei ein soziales und klimaneutrales Berlin Mitte im Fokus unseres politischen Handelns. Mit der industriellen Revolution hat die Sozialdemokratie bewiesen, dass sie große gesellschaftliche Veränderungen zum Vorteil der Menschen gestalten kann. Beim Klimawandel stehen wir heute vor einer ähnlich großen Herausforderung. Den Menschen Sicherheit zu geben, bedeutet heute die Veränderung zu gestalten.

Für uns als SPD Berlin Mitte steht die Lebensqualität und die soziale Sicherheit in Mitte im Zentrum des Handelns. Es ist unsere Aufgabe Klimaschutz und Soziales miteinander zu verbinden. Uns ist es dabei besonders wichtig die Menschen mitzunehmen, für Veränderung zu werben. Ein effektiver Klimaschutz kann nur mit den Menschen gelingen.

Wir wollen ein Berlin Mitte das lebenswert und sozial ist. Wir wollen ein Berlin Mitte in dem Klimaschutz keine Frage des Portemonnaies ist. Für uns ist daher auch klar: wer heute mehr verdient und damit meist auch mehr CO2 ausstößt, der muss auch einen größeren Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Dabei ist für uns als SPD ein Punkt zentral: die Möglichkeiten für soziale Ausgleichsmaßnahmen von Bezirk und Land sollen konsequent ausgeschöpft werden. Neben einem Ausgleich bei steigenden Wohn-, Energie und Mobilitätskosten stehen für uns die diskriminierungsfreie Nutzung und Ausweitung öffentlicher Flächen genauso im Mittelpunkt wie die Reduzierung von Schadstoffen sowie Lärmemissionen.

Die notwendigen Veränderungen sind enorm. Wir haben es in der Hand sie so zu gestalten, dass am Ende eine lebenswertere und gerechtere Stadt steht.

1. Öffentlicher Raum

Der öffentliche Raum gehört uns allen. Er ist die Fläche, auf der das öffentliche Leben stattfindet. Daher muss der öffentliche Raum für alle zugänglich und sicher sein. Zugleich trägt der öffentliche Raum einen wichtigen Beitrag für die Naherholung der Bevölkerung sowie zur Biodiversität bei. Es ist daher dringend notwendig, dass die Parks, Straßen, Grünflächen und Plätze von Mitte so umgestaltet werden, dass sie von allen Bewohner*innen genutzt werden können und gleichzeitig einen Beitrag zum Umwelt- und Ressourcenschutz leisten. Daher fordern wir:

- die Grünflächen und Parks von Mitte müssen grundsätzlich geschützt werden. Sie tragen dazu bei, dass Menschen und Tiere sich ausruhen können. Sie sind so zu gestalten, dass eine hohe Aufenthaltsqualität sichergestellt werden kann, und sie einen ökologischen Mehrwert haben. Bei Bauprojekten, die ein großes öffentliches Interesse aufweisen, muss es allerdings möglich sein, Grünflächen zu bebauen – solange adäquate Ausgleichsflächen geschaffen werden.

- die Vermüllung des öffentlichen Raums muss reduziert werden. Primär sollte es das Ziel sein, Einwegverpackungen zu vermeiden. Darüber hinaus ist eine noch regelmäßige Entsorgung von Abfalleimern und Reinigung von Straßen und Plätzen nötig. Da ein Teil der Vermüllung durch offene Abfalleimer entsteht, sollten an besonders belebten Orten solarbetriebene unterirdische Müllpressen betrieben werden.

- die Förderung eines kollektiven Verantwortungsbewusstseins gegenüber unserer Stadtumwelt. Hierzu sind durch den Bezirk geeignete Bildungsmaßnahmen auszugestalten. Wir fordern daher sowohl punktuelle Bildungsaktionen (wie z.B. Aktionsstage) sowie regelmäßig stattfindende Maßnahmen und fest installierte Bildungsinstallationen (wie z.B. in Naturschutzgebieten und Parks).

- die Schaffung von Gemeinschaftsflächen durch Urban-Gardening und der offenen Gestaltung von Kleingärten. In einer wachsenden und dichter werdenden Stadt schaffen urbane Gemeinschaftsgärten für viele Menschen Begegnungsorte im Kiez mit einem hohen Erholungsfaktor sowie ökologischem Nutzen. In diesem Kontext sollten sich Kleingärtenanlagen für die Gesamtbevölkerung durch Entwicklung zu gemeinschaftlichen Nutzung öffnen. Die grundsätzliche Möglichkeit zur privaten Pachtung von Parzellen wird nicht in Frage gestellt.

2. Mobilität

Mobilität ist ein zentrales menschliches Bedürfnis. Der ÖPNV muss für uns in der Verkehrsplanung zentral stehen. Er muss schnell, sauber und bezahlbar sein. Zugleich bedarf es eines Schutzes der schwächeren Verkehrsbeteiligten – den Fußgänger*innen und Radfahrer*innen. Um diese Ziele zu erreichen wollen wir folgende Punkte umsetzen:

- sichere Radwege müssen konsequent ausgebaut werden. Dort wo es möglich ist, müssen sie vom PKW-Verkehr baulich getrennt werden. Darüber hinaus sind Ampelschaltungen so zu gestalten, dass an Gefahrenstellen Rad- und PKW-Verkehr sich nicht in die Quere kommen. Die Zunahme von ausreichend dimensioniertem und störungsarmem Raum für den Radverkehr muss für eine räumliche Trennung der Bewegungsräume von Rad- und Fußverkehr genutzt werden.

- in der Innenstadt muss die Anzahl privater PKW reduziert werden. Zu Stoßzeiten kommt es zu langen Staus, Autos parken ‚wild‘ auf Geh- und Radwegen. Das Ziel einer sozialdemokratischen Verkehrspolitik sollte darin bestehen, dass private PKWs nicht mehr nötig sind. Im Parkraumsystem müssen neben Bewohnerpark- und Carsharing-

Möglichkeiten Flächen zur Nutzung von gewerblichen Liefer- und Dienstleistungsverkehr mitgeplant werden.

- **Um den Verkehrsfluss zu steigern und die Gefahrensituationen zu reduzieren,** muss im Innenstadtbereich Tempo 30 deutlich ausgeweitet werden. In Kiezen muss es zudem mehr Spielstraßen sowie eine sozialverträgliche Parkraumbewirtschaftung geben.

- **der ÖPNV muss das Herzstück einer sozialdemokratischen Verkehrspolitik werden.** Der ÖPNV muss so sauber, zuverlässig und komfortabel sein, wie es geht. Das 365 Euro-Tickets muss endlich eingeführt werden. Neben einer klugen Taktung und Streckenführung von Bus, Tram und U-Bahn, muss es das Ziel sein die Fahrer*innen sowie die Service-Kräfte angemessen zu bezahlen.

- **Mobilitätsstationen sollen eingeführt werden.** Mobilitätsstationen verknüpfen verschiedene Mobilitätsangebote an einem Standort. Diese Stationen verbinden Verkehrsmittel- und Angebote an großen ÖPNV-Knotenpunkten sowie in Wohnquartieren. Car- und Bikesharing-Angebote, sichere und wettergeschützte Radabstellbügel und Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge, Haltestellen des öffentlichen Verkehrs. Auch Aufbewahrungsmöglichkeiten wie Schließfächer oder Umkleiden zum Kleidungswechsel können an Mobilitätsstationen integriert sein.

- **die Elektromobilität und die Ladeinfrastruktur sollen weiter ausgebaut werden.** Ein Förderprogramm für Gewerbe und Handwerk soll die Anschaffung von CO₂-armen Transporter und Handwerkerautos unterstützen. Die kommunale Flotte muss bis 2025 vollständig mit E-Autos ausgestattet sein und die Ladeinfrastruktur in den Kiezen ausgebaut werden.

3. Energieversorgung und -verwendung

Die Energieversorgung in Berlin Mitte muss bis 2045 vollständig auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Durch eine erfolgreiche Energiewende stellen wir die Erreichung der Klimaziele sicher. Gleichzeitig muss die Versorgung mit bezahlbarer Energie für die Bewohner*innen sowie Gewerbetreibende sichergestellt werden.

Für Berlin als urbaner Raum stellt die Photovoltaik (PV) das größte Potenzial an erneuerbarer Energie dar, das in den kommenden Jahren konsequent erschlossen werden muss. Daher fordern wir:

- **ein verbindliches und nachprüfbares Solarbauziel für den Bezirk Mitte.** Bis zum Jahr 2026 sollen mindestens 50% der geeigneten Dachflächen von öffentlichen Gebäuden in der Verwaltung des Bezirkes Mitte mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden.

- **wir wollen eine konsequente Nutzung aller bezirkseigenen Dachflächen.** Hierzu ist für bezirkseigenen Gebäude zu prüfen, ob auf den Dächern oder anderen geeigneten Orten Photovoltaikanlagen installiert werden können. **Dazu wollen wir eine Festschreibung von Photovoltaik als verbindlicher Standard in der**

Bauleitplanung. Hierbei kann eine ersatzweise Umsetzung von Solarthermie oder Dachbegrünung ermöglicht werden.

- der Einsatz des Bezirks für eine breitflächige Nutzung des Mieterstrommodells soll genutzt werden. Außerdem soll **eine Erschließung von weiteren innovativen Flächen für die Installation von PV-Anlagen geprüft werden.** Hierzu kann u.a. die Überdachung von PKW-Stellflächen gehören.

In Berlin Mitte entfällt ein Großteil der Energienachfrage und Emissionen auf die Wärmeversorgung der Gebäude. Die Umstellung der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien stellt eine der größten Herausforderungen dar. Dabei zentral sind Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden. Sie verringern effektiv die Klimabelastung Berlins und zahlen sich bei steigenden Energiepreisen auch langfristig für die Bewohner*innen aus.

Deshalb fordern wir:

- eine ambitionierte Sanierungsrate für Bestandsgebäude von über 2%, kostenneutral für die Mieter*innen, im Gebäudebestand zur Erreichung der Sektorziele. Bereits bestehende Förderungen sollen weitergeführt werden und müssen konsequent an dem Sanierungsziel ausgerichtet werden.

- das Effizienzhaus (EH) 55 soll Mindestmaß für alle Neubauten in Berlin werden. Das Gebäudeenergiegesetz GEG ermöglicht dem Land Berlin die Festlegung eigener Regelungen. Diese Möglichkeit muss aktiv genutzt werden. Die Verwendung klimapositiver, kreislaufgerechter Materialien muss deutlich erhöht werden.

- Sanieren geht vor Abreißen. Die „Grauen Emissionen“, also die Klimabelastungen bei der Herstellung der Baustoffe, dem Bau und ggfs. dem späteren Rückbau der Gebäude bleiben im GEG unberücksichtigt. Diese betragen jedoch zwischen 50% und 80% der Klimabelastungen eines Neubaus bei einer Nutzungsdauer von 50 Jahren. Damit ist die energetische Sanierung eines Bestandsgebäudes in der Regel klimaschonender als ein Neubau.

- eine Ausweitung der bezirklichen Bauberatung sowie eine bezirkliche und landesweite Wärmeleitplanung, um den Ausbau der Fernwärme nach Bedarf und Verfügbarkeiten steuern zu können.

4. Klimaanpassung

Eine Stadt wie Berlin wächst mit der Zeit und entwickelt sich stetig weiter. Durch die Auswirkungen, die ein sich wandelndes Klima mit sich bringt, wird es nötig sein diese Entwicklung so zu dirigieren, dass sie den klimatischen Herausforderungen der Zukunft gerecht wird. Deshalb fordern wir:

- die Pflege und Bewässerung von öffentlichen Bäumen und straßennahen Grünflächen zu stärken. Wir wollen Projekte wie „Gieß dein Kiez“ unterstützen, um

es Anwohner*innen leichter zu machen sich in die Pflege von derlei Grünanlagen organisiert einzubringen.

- **vermehrt Dächer und falls möglich auch Hausfassaden zu begrünen.** Wir begrüßen Förderprojekte wie Gründach PLUS zur Förderung von urbaner Dachbegrünung und setzen für die Förderungen und Beratung für Fassadenbegrünung, wie beispielsweise in der Stadt Wien, ein. Zusätzlich führt das so verdunstende Wasser ebenfalls zu einer Abkühlung der Luft. Aus diesen Gründen setzen wir uns für eine Förderung des Schwammstadt Konzepts ein.

- **die Förderung einer nachhaltigen und ausgewogenen Ernährung.** Wir fordern ein angepasstes Ernährungsangebot in allen öffentlichen Stellen. Es muss mindestens eine Auswahl an regionalen und nachhaltigen Gerichten angeboten werden. Dies gilt insbesondere für Bildungseinrichtungen. Auch sollen Wege geschaffen werden, mit denen Einkommensschwache Personen ausgewogene und nachhaltige Ernährung zugänglich gemacht werden kann. In diesem Bereich wollen wir vermehrt Ansätze verfolgen, die die Weitergabe von Lebensmitteln fördern, um so der momentan herrschenden Wegwerfgesellschaft entgegenzuwirken. Dabei wollen wir vor allem existierende Projekte wie z.B. die Kümmelküche, die u.a. durch das Quartiermanagement organisiert wird, oder Konzepte wie offenen Kühlschränken unterstützen.

- **eine Hitzesanierung von landeseigenem Wohnraum, von öffentlichen Einrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen sowie Einrichtungen für Senior*innen .** Diese ist prioritär in Gebieten mit hoher Verdichtung und Versiegelung durchzuführen. Darüber hinaus wollen wir die Infrastruktur der sogenannten Planschen erhalten und ausbauen.

5. Die Umsetzung

Eine Erfolgreiche Transformation wird letztendlich von den Bewohner*innen, Gewerbetreibenden sowie den Unternehmen vor Ort getragen und umgesetzt. Die Aufgabe der Verwaltung und Politik muss es sein die die Akteure an einen Tisch zu bringen. Hierfür sind folgende Punkte maßgeblich:

- **Quartiere und Areale müssen als zentralen Planungsgestand definiert und entsprechende Strukturen geschaffen werden.** Planungsprozesse können nicht länger isoliert für einzelne Gebäude erfolgen. Vielmehr müssen sie gemeinsam für Zusammenhängende Gebiete erfolgen und umgesetzt werden.

- **wir wollen Modellquartiere in Berlin Mitte schaffen.** Hierbei können öffentliche Liegenschaften als Keimzellen genutzt werden in dem die umliegenden Areale mit in die Planung einbezogen werden. Außerdem braucht es **direkte Bürgerbeteiligung auf der Ebene der Quartiere.**

- Eine umfangreiche Grundlage an Energiedaten auf Ebene der Quartiere ist Voraussetzung für die Planung der Akteure vor Ort. Aufbauend auf der seit dem

1.1.2021 in Kraft getretenen **Open Data** Verordnung des Landes Berlin sollen benötigte Daten aus dem Bereich Energie des Bezirkes Mitte auf dem Open Data Portal des Landes Berlin www.daten.berlin. Den Akteuren zur Datennutzung bereitgestellt werden.

- Hierzu sind bisher fehlende Daten zu veröffentlichen (u.a. Gebäudestrukturen, Wärmebedarfsatlas, Abwärmekataster). Für eine erleichterte Nutzbarkeit sollte eine Zusammenstellung planungsrelevanter Daten für ein Quartier zentral beim Bezirksamt Mitte angefragt werden können

Die SPD Berlin Mitte gründet einen Arbeitskreis Sozialdemokratische Klimapolitik. Ziel des Arbeitskreises ist die weitere Ausgestaltung sozialdemokratischer Positionen und Antworten zum Politikfeld auf Bezirks- und Landesebene. Die SPD Berlin Mitte steht für eine sozial gerechte Gestaltung einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Stadtgesellschaft. Unsere Antworten als SPD Berlin Mitte in den hier im Antrag aufgeführten Arbeitsgebieten muss weiter ausgeführt werden und sich klar gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern vertreten lassen. Es muss deutlich werden was unsere sozialdemokratische Handschrift im Vergleich zu den Antworten von Bündnis90/die Grünen und der Partei die Linke ist.